

Praxisärzte: Mehr Erlös pro Konsultation

Der Ärzteverband FMH klagt gerne darüber, dass die Löhne der Praxisärzte seit Jahren unverändert sind (*saldo* 11/12). Laut dem Branchenverband der Krankversicherer Santésuisse berechnete ein Hausarzt im Jahr 2012 durchschnittlich 13 Prozent mehr pro Patientenkonsultation

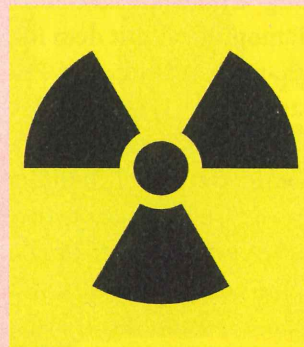


als fünf Jahre zuvor. Unter Berücksichtigung der Teuerung sind es noch 6,7 Prozent. Viele Fachärzte verbuchten zum Teil noch mehr pro Konsultation: So beträgt der Mehrerlös der Gastroenterologen pro Konsultation in diesem Zeitraum durchschnittlich 19,1 Prozent. Rechnet man die Teuerung ab, bleibt ein Plus von 12,5 Prozent. Augenärzte steigerten den Umsatz pro Patientenbesuch zwischen 2008 und 2012 um 15,2 Prozent, Chirurgen um 14 Prozent. Santésuisse erklärt die Steigerung damit, dass die Ärzte zunehmend mehr Leistungen pro Patientenbesuch abrechnen als früher. Der Verband berücksichtigte bei seinen Berechnungen die Umsätze aus der Grund-

versicherung, ohne Erlöse aus dem eigenen Labor oder dem Verkauf von Medikamenten.

AKW-Störfall: Gefahr für Trinkwasser von 580 000 Personen

Die Schweizer Bevölkerung ist bei einem AKW-Störfall nur «ungenügend geschützt». Das kritisieren gleich drei Eidgenössische Fachkommissionen, darunter die Eidgenössische Kommission für nukleare Sicherheit. Sie besteht aus sieben Experten aus Wissenschaft und Technik. Die Schweizer Atomaufsichtsbehörde ignoriere die Gefahr einer Trinkwasserverseuchung durch einen AKW-Störfall. Denn zahlreiche Städte an Aare und Rhein würden ihr Trinkwasser diesen Flüssen entnehmen. Die Was-



serfassungen liegen unterhalb eines AKW-Kühlwasserausflusses. Der Solothurner SP-Nationalrat Philipp Hadorn wollte deshalb vom Bundesrat in einer Interpellation wissen, bei wie vielen Menschen nach einem Störfall die Trinkwasserversorgung ausfallen könnte. Die Antwort des Bundesrats: Ein Störfall zum Beispiel im

AKW Mühleberg könnte das Trinkwasser von «maximal 580 000 Personen» verseuchen. Die Kritiker selbst gingen bis anhin nur von 50 000 Menschen aus.

Auslandreisen: Viele verzichten aufs Mobiltelefon

Für Schweizer sind tiefe Roaminggebühren in weiter Ferne (siehe Seite 35). Im letzten September hat das Parlament zwei Vorstösse für tiefere Gebüh-



ren auf Eis gelegt (*saldo* 15/13). Anders in der EU: Hier fordern EU-Abgeordnete die Abschaffung der Roaminggebühren bis ins Jahr 2015. Grundlage ihrer Forderung ist eine neue Studie. Im Auftrag der EU-Kommission befragten Meinungsforscher 28 000 Personen in allen 28 Mitgliedsländern. Resultat: 94 Prozent der Befragten schränken das mobile Telefonieren im Ausland wegen der hohen Kosten ein. Und fast jeder Zweite verzichtet deswegen auch auf mobile Internetdienste. Jeder Vierte schalte sein Handy im Ausland sogar ganz aus. Durch tiefere Gebühren würden die Einnahmen der Mobilfunkkonzerne deshalb wohl steigen.